

Technische Universität Berlin, Sommersemester 2012

Ort: Franklinstr. 28/29, 10587 Berlin

Thema: Klimapolitik/Klimawandel in China

Referent: Sun-Ly Trak Protokollant: Jan Willms

„Natürliche Umwelt und menschliches Handeln in Chinas Geschichte und Gegenwart“

HS, Interdisziplinäre Studien 5

Raum: FR1032

Dozentin: Frau Dr. Eva Sternfeld

Datum: 29.05.2012, 14-16 Uhr

Protokoll des Referates zum Thema „Klimapolitik/Klimawandel in China“

Zu Beginn des Seminars stellt der Referent sein Referatsthema „Klimapolitik/Klimawandel in China“ und die diesbezügliche Gliederung vor.

1. Chinas Klimawandel und die Auswirkungen
2. Internationale Klimapolitik – UN-Klimakonferenz
3. Chinas Bestrebungen in der Klimapolitik
4. Ausblick

Im Anschluss geht der Referent auf die thematischen Schwerpunkte ein:

1. Chinas Klimawandel und die Auswirkungen

Der Referent beschreibt Aspekte wie Dürren, Rückgänge von Niederschlägen, extreme Wetterbedingungen, schmelzende Gletscher und Permafrostböden sowie Folgen wie das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten und auch wirtschaftliche Schäden - insbesondere in der Land- und Energiewirtschaft - als Probleme des fortschreitenden Klimawandels.

Weiterhin wird erläutert, dass durch die Folgen jährlich rund 10 Millionen Menschen in China unter die Armutsgrenze fallen. Als Hauptgrund für den Klimawandel werden umweltschädliche Aktivitäten der Menschen, insbesondere seit der Industrialisierung, genannt.

In einer Grafik des Globalen Klima-Risiko-Index seitens Germanwatch wird aufgezeigt, dass China von Wetterextremen wie Überschwemmungen, Stürmen und Hitzewellen betroffen ist und infolge dessen mit direkten „menschlichen Auswirkungen“ und direkten ökonomischen Verlusten konfrontiert ist, hier rangiert China im weltweiten Ländervergleich auf Platz 21-50. Frau Dr. Sternfeld ergänzt, dass die Statistik auf Basis der Datenbank des Münchener Versicherers Munich Re erstellt wird und somit nicht repräsentativ für die Auswirkungen des Klimawandels sei, jedoch die Verwundbarkeit der Staaten aufzeige.

2. Internationale Klimapolitik – UN-Klimakonferenz

Im zweiten Abschnitt bietet der Referent einen historischen Überblick der internationalen Klimapolitik. Im Februar 1979 findet in Genf die erste Weltklimakonferenz der WMO statt. Im September 1987 unterzeichnen 24 Staaten und die EG das Montreal-Protokoll, u. A. zum Schutz der Ozonschicht. Dieses tritt 1989 in Kraft, bisher haben 196 Staaten das Protokoll ratifiziert. 1998 beschließen die WMO und das Umweltprogramm der UN die Einrichtung des IPCC. Laut Frau Dr. Sternfeld bestehe die Aufgabe in der Erarbeitung eines Sachstandsberichtes, der alle 6 Jahre erscheint und als wissenschaftliche Säule der Klimapolitik gilt.

Der Referent führt fort, dass sich im Juni 1992 172 Staaten in Rio de Janeiro zur UNCED, dem sog. Erdgipfel, getroffen haben, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu mindern. Über

150 Staaten unterschreiben die Klimarahmenkonvention, die im März 1994 in Kraft tritt und heute 192 Vertragsstaaten zählt. Im Dezember 1997 wird das Kyoto-Protokoll beschlossen, das die Reduktion der Treibhausgase von 2008-2012 um 5% gegenüber dem Stand von 1990 vorsieht. Frau Dr. Sternfeld ergänzt, dass sich einige Staaten dem Protokoll nicht anschließen, hierzu gehören auch die USA.

2007 kommuniziert der Weltklimarat, dass bei einer Halbierung der Emissionen bis 2050 der Temperaturanstieg auf zwei Grad begrenzt werden könne, zudem sei der Anstieg des Meeresspiegels um 0,59 Meter und die Erwärmung um 6,4 Grad bis 2100 möglich.

Im Juni 2007 tagt der G-8-Gipfel in Heiligendamm, die USA erklären sich bereit, die Halbierung der Treibhausgasemissionen bis 2050 "in Betracht zu ziehen". Im Dezember 2007 sieht der Bali Action Plan vor, Verhandlungen über ein Kyoto-Nachfolgeabkommen sowie über Verpflichtungen aller Staaten im Rahmen der Klimarahmenkonvention abzuschließen. Entwicklungs- und Schwellenländer wie Brasilien, China und Indien sind bisher nicht zu klimapolitischen Handlungen verpflichtet, haben nun aber eigenen Maßnahmen zugestimmt, sofern sie die Unterstützung der Industriestaaten erfahren, so der Referent.

Es wird erwähnt, dass die G8-Staaten ab 2009 die Reduktion von 50% der Treibhausgase bis 2050 verfolgen und China sowie Brasilien als Schwellenländer eigene Maßnahmen zusagen. Peking bietet beim Weltklimagipfel in Kopenhagen die Minderung der Treibhausgase um 40% bis 2020 im Vergleich zu 2005 in Relation zum BIP an. Brasilien legt sich fest, CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken.

2010 findet die erste Klimakonferenz in China statt. Frau Dr. Sternfeld ergänzt, dass es sich um die Vorkonferenz handelt. Nach Aussage des Referenten kommuniziert Chinas Chefunterhändler Xie Zhenhua auf dem 17. Weltklimagipfel, dass China der größte Verursacher von CO₂-Emissionen sei, sich auf Emissionsobergrenzen aber nicht einlasse. Zunächst sollten Industrieländer feste Zusagen treffen, Entwicklungsländer sollen zur Umsetzung eigener Maßnahmen zudem externe Hilfe erhalten. Die Auseinandersetzung solle „gemeinsam, aber mit unterschiedlicher Verantwortung“ erfolgen.

Seitens des Seminars wird der Aspekt der „unterschiedlichen Verantwortung“ hinterfragt, da der aktuelle CO₂-Ausstoß pro-Kopf in China noch hinter dem der USA und Europa liegt, ein Engagement der USA mit einem historisch deutlich höheren Gesamtwert aber ausbleibt.

Im Nachgang nennt der Referent Fakten des Kyoto-Protokolls: Dieses regelt seit 2005 den Ausstoß von 6 Treibhausgasen (CO₂, CH₄, N₂O, FKW, PFC, SF₆) wobei die aktuellen Ziele der Emissions-Reduktion von 5,2% von 2008-2012 gegenüber dem Wert von 1990 gelten. Die EU-Staaten sind mit durchschnittlich -8%, Japan mit -6% und Russland mit einem Stabilisierungsziel vermerkt. Deutschland hat sich zur Reduktion von 21% verpflichtet, was bereits erreicht sei. Kritisiert wird in einer Diskussion, dass Sanktionsmöglichkeiten fehlen, so habe die USA das Protokoll nicht ratifiziert und die Reduktion abgelehnt.

Somit liefere das Kyoto-Protokoll nur bedingt den Rahmen eines effektiven Klimaschutzes. Zudem sind nur Annex I Staaten (meist Industriestaaten) zur Einhaltung der Vereinbarungen verpflichtet, Maßnahmen der Annex II-Staaten (oft Schwellenländer) sind freiwillig.

Ergänzend werden vom Referenten Kyoto-Mechanismen vorgestellt. Die Joint Implementation besagt, dass Annex I-Staaten Emissionsminderungsprojekte in anderen Industrieländern durchführen und sich diese auf eigene Verpflichtungen anrechnen lassen können. Der Clean Development Mechanism besagt, dass Annex I-Staaten in Emissionsminderungsprojekte in Entwicklungsländern investieren und diese Investitionen anrechnen lassen können. Das Emissions Trading besagt, dass Industrieländer untereinander Emissionsrechte handeln können. Der Überhang kann so an ein Land verkauft werden, das das Reduktionsziel nicht erreicht hat. Frau Dr. Sternfeld ergänzt, dass der Emissionshandel auf dem internationalen Markt jedoch kaum noch eine Rolle spiele.

Abschließend wird aufgezeigt, wie stark Annex I –Staaten CDM-Projekte initiieren und welche Annex II-Staaten diese Projekte beziehen. China bezieht rund 48%, bzw. ca. 1.900 der etwa 4.000 Projekte, Großbritannien ist stärkster Initiator mit etwa 30% der Projekte, die überwiegend in die Bereiche Energie, Abfallentsorgung, Industrie und Fertigung fallen. Bis Ende 2012 wird mit Senkungen von rund 2,7 Mrd. Tonnen CO₂-Äquivalenten gerechnet. Als Beispiel werden Biogasanlagen in Hubei genannt, von der über 33.000 Haushalte profitieren.

3. Chinas Bestrebungen in der Klimapolitik

Im nächsten Abschnitt geht der Referent auf Chinas klimapolitische Bestrebungen ein. Das Energiespargesetz von 1998 sowie der China Medium and Long Term Energy Conservation Plan 2004 stellen energiepolitische Bestrebungen dar. Der Anteil erneuerbarer Energien in China soll bis 2020 auf 15% steigen, das Erneuerbare-Energien-Gesetz und China's National Climate Change Programme 2007 werden als Grundlagen genannt. Erläutert wird weiterhin, dass das EEG Netzbetreiber verpflichtet, Strom aus erneuerbaren Energien vollständig aufzukaufen und Stromproduzenten den Anschluss an das Stromnetz zu stellen. So sollen ineffiziente Fabriken und Kraftwerke geschlossen und der Fokus auf vergleichsweise „saubere“ Energie gestärkt werden. Zudem wurden EU-3 bzw. EU-4 Normen für den Spritverbrauch von Autos eingeführt, die stringenter sind als bspw. US-Normen.

Im Anschluss werden die aktuellen Fünfjahrespläne vorgestellt: Der elfte Fünfjahresplan (2006-2010) sieht vor, den Energieverbrauch in Relation zum BIP bis 2010 (Vergleich 2005) um 20% und das Emissionsvolumen um 10% zu reduzieren. Im zwölften Fünfjahresplan (2011-2016) soll der Energieverbrauch im Vergleich zu 2011-2016 um 16% in Relation zum BIP zurückgehen, die CO₂-Emissionen um 17%. Positiv erwähnt wird Chinas nationales Klimaschutzprogramm aufgrund der Interaktion mit dem Staat sowie Medienkooperationen.

4. Ausblick

Der Ausblick des Referenten prognostiziert eine Nahrungsmittelverknappung Chinas bis 2030 um 5-10% sowie einen Produktionsrückgang um 37% in Hinblick auf Reis, Mais und Weizen ab 2050. Weiterhin werde China im gleichen Zeitraum das CO₂-Ausstoßvolumen pro Kopf auf EU-Niveau erreichen, der weltweite Gesamtanteil soll auf 50% ansteigen. Eine absolute CO₂-Reduktion sei laut China erst 2050 möglich. China müsse jedoch letztlich eine aktivere Rolle in der Klimapolitik spielen, um den weiteren Temperaturanstieg bis 2100 zu reduzieren.

Als Technik der Reduzierung von CO₂-Emissionen wird hier Carbon Capture and Storage genannt. Ziel ist das Abfangen und die Injektion der Emissionen in Gesteinsschichten. Laut Frau Dr. Sternfeld sei die Endlagerung der CO₂-Emission kostspielig. Durch den diskutierten

Fokus auf „saubere“ Energien bestehe zudem die Gefahr der Energie-Übertreibung, was für viele Bürger Chinas kaum tragbar ist.

Im Ausblick werden Klimaschutzprogramme, steigendes Umweltinteresse, Interessensgruppen sowie ein Engagement in Bezug auf Klimakonferenzen seitens China hervorgehoben. Dem gegenüber steht, dass China sich bei der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls bisher zurückhaltend zeigt, diesem jedoch nicht gänzlich abgeneigt sei. Als Grund wird die Beibehaltung des Annex 2-Status genannt, um eine Verpflichtung zu klimapolitischen Maßnahmen zu umgehen. Eine abschließende Idee des Referenten sind stärkere internationale Anreize, um eine klimafreundlichere Politik zu erwirken. Das Referat wird mit diesem Ausblick beendet.

Diskussion und Ergänzungen

Nach dem Referat kommt die Frage auf, inwieweit China Strom importiert. Nach Angabe des Referenten wird der Strom in China produziert. Eine weitere Diskussion findet nicht statt.

Thematische Ergänzungen

Seitens Frau Dr. Sternfeld erfolgen thematische Ergänzungen: Erste Forschungen zum Klimawandel sowie eine Auseinandersetzung mit der Thematik hätten bereits Ende des 19. Jahrhunderts stattgefunden. Zudem sei China bereits seit 2007 das Land mit dem größten CO₂-Ausstoß weltweit, was von offizieller Seite zunächst für 2030 prognostiziert wurde. Abschließend wird die Beteiligung Deutschlands als Industriestaat mit lediglich rund 100 initiierten CDM-Projekten hinterfragt. Ein wirkungsstarkes Vorgehen der Klimapolitik sei laut Frau Dr. Sternfeld nur unter Mitwirken der USA und China möglich. Zur „differenzierten Verantwortung“ wird ergänzt, dass viele Staaten einen unterschiedlichen industriellen Entwicklungsstatus hätten und der historische CO₂-Ausstoß z.B. in den USA höher sei als in China. China sehe Industriestaaten daher stärker in der Verantwortung, zumal ein Viertel der chinesischen Emissionen durch die Produktion von Exportwaren entstehe.

Abschließend wird ein, mit versteckter Kamera aufgezeichneter, Filmbeitrag zur Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen von Spiegel Online gezeigt. China erwehrt sich hier der Verpflichtung, Emissionen stark zu reduzieren und beruft sich auf die Verantwortung der Industriestaaten. Die Verhandlungen scheitern am Zusammenschluss von Indien, China, Brasilien und Südafrika. Laut Frau Dr. Sternfeld trete die EU in der Verhandlung zu sehr in eine Führungsrolle. Der Beitrag kann hier angesehen werden: <http://wong.to/Klimapolitik>

Abschließend wird erläutert, dass Klimakonferenzen durch den Austritt und die mangelnde Beteiligung vieler Staaten zunehmend erschwert werden, ein Großteil der Emissionen werde somit statistisch nicht mehr erfasst. Wünschenswert seien schonendere Verfahren im Bereich der Industrie, Abfallentsorgung und Energiegewinnung. Eine Senkung des CO₂-Ausstoßes Chinas sei aktuell jedoch kaum möglich. Somit gelte es, die USA sowie China ohne aktives Eingreifen stärker zu einer verantwortungsvolleren Klimapolitik zu bewegen. Das Seminar wird mit diesem Fazit beendet.